I n h a l t s v e r z e i c h n i s

zur Niederschrift über die öffentliche 01./X. Ratsperiode Sitzung des Ausschusses für Bürgeranträge der Stadt Kleve am Donnerstag, dem 04.09.2014, 17.00 Uhr, im Interimsrathaus - Zi. 005

		Seite
1.	Bestellung einer Schriftführerin	3
2.	Verpflichtung des beratenden Mitglieds	3
3.	Beuth zu Ehren - Antrag auf Würdigung eines berühmten Klever Bürgers	3 - 4
4.	Antrag auf Standortänderung der Containeraufstellung in der Jülicher Straße	4 - 6
5.	Baumfällungen unterhalb des Aussichtsturmes - Drucksache Nr. 52 /X. -	6
6.	Antrag auf Fällung von vier Kirschbäumen in der Kruisbergstraße - Drucksache Nr. 53 /X. -	7
7.	Mitteilungen ./.	7
8.	Anfragen ./.	7

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche 01./X. Ratsperiode Sitzung des Ausschusses für Bürgeranträge der Stadt Kleve am Donnerstag, dem 04.09.2014, 17.00 Uhr, im Interimsrathaus - Zi. 005

Unter dem Vorsitz des
Stadtverordneten Goertz, Heinz (Offene Klever)
sind anwesend die Stadtverordneten:

Boskamp, Heinz	SPD
Hiob, Georg	CDU
Janßen, Alexander	Offene Klever für Giesen, Carina
Maaßen, Manfred	CDU
Overkamp, Monika	SPD
Schoofs, Christian	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Teigelkötter, Friedrich	CDU

das beratende Mitglied:

Peerenboom, Johannes

Nicht anwesend:

Giesen, Carina	Offene Klever

Von der Verwaltung sind anwesend:

Bürgermeister Brauer
Technischer Beigeordneter Rauer
Gleichstellungsbeauftragte Tertilte-Rübo
Leitender Rechtsdirektor Goffin (bis Ende TOP 4.)
Verwaltungsdirektor Keysers
Oberverwaltungsrätin Keysers
Leiter GSK Mutz
Oberverwaltungsrat van Hoof (bis Ende ZOP 4.)
Technischer Angestellter Posdena
Amtsrätin Rennecke
Oberinspektorin Berns als Schriftführerin

Ausschussvorsitzender Goertz begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Bürgeranträge fest.

Anmerkungen zur Tagesordnung oder zur Niederschrift der letzten Sitzung ergeben sich nicht.

1. Bestellung einer Schriftführerin

Beschluss:
Der Ausschuss für Bürgeranträge bestellt einstimmig Oberinspektorin Berns als Schriftführerin.

2. Verpflichtung des beratenden Mitglieds

Ausschussvorsitzender Goertz verpflichtet das beratende Mitglied, Herrn Peerenboom, nach Vorsprechen der Verpflichtungsformel "Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde!" per Handschlag.

3. Beuth zu Ehren - Antrag auf Würdigung eines berühmten Klever Bürgers

Herr Burmeister begründet seinen Antrag auf Würdigung des berühmten Klever Bürgers Christian Peter Wilhelm Friedrich Beuth. Er stellt im Wesentlichen heraus, dass auf Beuth u.a. die DIN-Normen zurückzuführen seien und es ohne Beuth die heutige Form der Datenverarbeitung und damit die moderne Welt nicht geben würde. Beuth werde in seiner Berühmtheit unterschätzt und erfahre keine angemessene Würdigung. Er beantrage daher eine Plakette am Geburtshaus von Beuth anzubringen sowie eine Statue, z.B. auf dem Gelände zwischen dem neuen Hotel und der Deutschen Bank, zu errichten. Weiteren Ideen stehe er offen gegenüber.

StV. Teigelkötter führt aus, dass Beuth in Preußen vieles geleistet habe. Seine Fraktion sei zu dem Schluss gekommen, dass dieser Antrag in der heutigen Sitzung nicht abschließend behandelt werden könne und beantrage die Verweisung in der Ausschuss für Kultur und Stadtgestaltung.

Bürgermeister Brauer äußert, dass er diesen Antrag begrüße. In Kleve sei zwar bereits eine Straße nach Beuth benannt. Darüber hinaus könne er aber durchaus eine weitere Würdigung erfahren. Er halte eine Beratung im Ausschuss für Kultur und Stadtgestaltung unter Beteiligung der jeweiligen Fachämter für sinnvoll.

StV. Ricken ergänzt, dass seine Fraktion diesen Antrag nicht neutral, sondern unter positiver Begleitung in den Ausschuss für Kultur und Stadtgestaltung verweisen wolle.

Ausschussvorsitzender Goertz weist darauf hin, dass der Antrag zwei Aspekte, die Plakette am Geburtshaus sowie die Errichtung eines Denkmals, beinhalte.

Beschluss:
Der Ausschuss für Bürgeranträge beschließt einstimmig, den Antrag von Herrn Burmeister auf Würdigung des berühmten Klever Bürgers Christian Peter Wilhelm Friedrich Beuth zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Kultur und Stadtgestaltung zu verweisen.

4. Antrag auf Standortänderung der Containeraufstellung in der Jülicher Straße

Ausschussvorsitzender Goertz weist darauf hin, dass der Antrag zwei Aspekte, den Container nicht in der Jülicher Straße und den Container am Parkplatz des Friedhofs Merowinger Straße aufzustellen, beinhalte.

Herr Kohn begründet seinen Antrag auf Standortänderung der Containeraufstellung in der Jülicher Straße. Er führt an, dass der Kämmerer Herr Haas seinerzeit betont habe, dass der Lebensbereich an der Jülicher Straße erhalten werden solle. Zudem sei nach § 5 der Hauptsatzung seiner Meinung nach eine Einwohnerversammlung erforderlich. Er bemängelt, dass lediglich die Menschen mit einer Drogenproblematik, die Anwohner aber nicht im Vorfeld befragt worden seien.

StV. Teigelkötter weist darauf hin, dass diese Thematik im Sozialausschuss eingehend beratend worden sei und sich die Mitglieder einstimmig für diesen Standort ausgesprochen hätten. Mit dem Widerstand sei gerechnet worden. Allerdings werde es auch bei jedem anderen Standort Widerstand geben. Seine Fraktion sei der Meinung, dass der Standort so belassen werde solle.

StV. Schoofs bittet um eine kurze Zusammenfassung des Prozesses, der zu dieser Entscheidungsfindung geführt habe.

Leitender Rechtsdirektor Goffin fasst noch einmal die wesentlichen Aspekte zusammen. Er stellt zunächst klar, dass ein Unterstand und keine Fixerstube errichtet werde. Diese Idee sei seinerzeit entstanden, um zu verhindern, dass sich die Drogenkranken auf der Straße oder in Vorgärten aufhalten oder sich sogar Kindern zur Schau stellen. Zur Verfügung gestellt worden sei das alte Buswartehäuschen. Die Betroffenen hätten sich so an einer bestimmten Stelle aufhalten können und eine Betreuung durch die Caritas sowie die Polizei erfahren. Der bisherige Standort habe aufgegeben werden müssen, da der Eigentümer die Fläche einer Bebauung zuführen wolle. Die Verwaltung befasse sich mittlerweile seit zwei Jahren mit der Suche nach einem Alternativstandort in der Oberstadt. Die bisherigen sieben in Betracht kommenden Standorte seien letztlich alle an gewissen Umständen gescheitert, so dass der Standort in der Jülicher Straße kurzfristig die einzige Alternative sei, für die sich auch der Sozialausschuss nach intensiver Beratung ausgesprochen habe. Der Container werde in der hinteren Ecke aufgestellt und mit einfachen Toiletten errichtet, die von den USK gereinigt würden. Es werde ein Spritzenkasten aufgestellt, der vom Caritasverband regelmäßig entsorgt und erneuert werde. Es gehe um ein soziales Projekt und nicht etwa um die Störung der Nachbarschaft.

Oberverwaltungsrat van Hoof ergänzt, dass sich weder die Politik noch die Verwaltung die Entscheidung leicht gemacht hätten und mit diesem Thema sensibel umgegangen werde. Es seien zwei Standorte, in der Unterstadt mit der Nähe zur Klosterpforte und in der Oberstadt mit der Nähe zum Caritasverband, erforderlich. In der Mozartstraße habe es sogar eine Schule und einen Kindergarten in der Nachbarschaft gegeben und der Standort habe dort funktioniert. Der Standort in der Jülicher Straße sei nicht einsehbar. Der Container werde zudem umzäunt. Eine andere Möglichkeit biete sich derzeit in der Oberstadt nicht. Die Verwaltung schlage daher vor, den Antrag von Herrn Kohn abzulehnen.

Herr Kohn äußert, dass er nicht bezweifelt habe, dass sich die Verantwortlichen keine Gedanken gemacht hätten. Er habe den Standort am Friedhof auch gewählt, weil dieser bereits eingezäunt sei und Toiletten vorhanden seien.

Leitender Rechtsdirektor Goffin hält dem entgegen, dass die Toiletten für die Friedhofsbesucher nicht den Drogenkranken zur Verfügung gestellt werden könnten. Für die Interimslösung spreche zudem, dass ein Container aufgestellt und kein festes Gebäude errichtet werde.

Bürgermeister Brauer macht deutlich, dass sich die Verwaltung bereits seit Jahren mit dieser Thematik beschäftige. Es handele sich um ein gesellschaftliches Problem, das alle gemeinsam lösen müssten, für dessen Lösung es aber keinen Königsweg gebe. Er könne Herrn Kohn sowie jeden einzelnen verstehen, der sich mit diesem Thema auseinander setze. In diesem Zusammenhang weist er auf eine weitere Unterschriftenliste hin, die zu diesem Thema in den letzten Tagen bei der Verwaltung eingegangen sei. Mit den Nachbarn habe ein sehr konstruktives Gespräch stattgefunden und zu einem Kompromiss geführt.

Ausschussvorsitzender Goertz stellt heraus, dass der Standort nicht einsehbar sei und sich um eine Interimslösung handele, die zu gegebener Zeit überprüft werde.

Gleichstellungsbeauftragte Tertilte-Rübo führt ebenfalls zum Entwicklungsprozess aus. Die Bedürfnisse der Betroffenen seien abgefragt und seit Jahren nach einem Standort unter enger Zusammenarbeit mit dem Caritasverband und der Drogenberatung gesucht worden. Es habe sich um einen ständigen Abwägungsprozess gehandelt, der allen Beteiligten nicht leicht gefallen sei. Sie appelliert an die Beteiligten, diesen Versuch positiv zu begleiten. Der Caritasverband, der dieses Projekt begleite, stehe als Ansprechpartner zur Verfügung.

Ausschussvorsitzender Goertz schlägt vor, der Empfehlung des Sozialausschusses zu folgen und lässt darüber abstimmen.

<u>Beschluss:</u>
Der Ausschuss für Bürgeranträge schließt sich der Empfehlung des Sozialausschusses vom 10.04.2014, den Container als Unterstand für Menschen mit einer Drogenproblematik in der Jülicher Straße aufzustellen, einstimmig an.

Ausschussvorsitzender Goertz lässt nun über den Antrag des Herrn Kohn abstimmen.

Beschluss:
Der Ausschuss für Bürgeranträge lehnt den Antrag von Herrn Kohn auf Standortänderung der Containeraufstellung in der Jülicher Straße einstimmig ab.

5. Baumfällungen unterhalb des Aussichtsturmes

- Drucksache Nr. 52 /X. -

Frau de Groot begründet, gemeinsam mit Frau Liebrand, ihren Antrag, auch stellvertretend für Herrn Versteegen. Es habe sich um einen idyllischen Wald mit überwiegend Laubbäumen und vielen Tieren gehandelt. Im Februar 2013 seien aber auf dem Waldweg 23 große alte Buchen und Eichen gefällt worden. Diese Fällung habe nun zur Folge, dass der Weg aufgrund des Unkrauts, das nicht mehr vom Laub bedeckt werde, sehr ungepflegt sei. Eine weitere Folge seien Erosionen bei Starkregen. Auch die Anzahl der Tiere habe sich verringert. Im Juni dieses Jahres seien weitere Bäume markiert worden, darunter auch eine sehr alte Buche, die auch historisch von Bedeutung sei. Eine weitere Fällung würde das Status Quo weiter verschlimmern, daher habe sie diesen Antrag gestellt. Sie schlage weiter vor, die Buche als Naturdenkmal einzutragen und neue Laubbäume anzupflanzen. Sie störe sich zudem an dem letzten Satz der Drucksache.

Technischer Beigeordneter Rauer führt aus, dass diesen Ausführungen nichts entgegen zu halten sei. Daher schlage die Verwaltung auch vor, dem Antrag stattzugeben. Die Fällung der 23 Bäume werde die Verwaltung klären, zumal in diesem Bereich das Forstamt zuständig sei. Es handele sich aber auch um einen Denkmalbereich, der hin und wieder Maßnahme erfordere, die unerfreulich seien. Eine historische Sichtachse gebe es nicht und müsse somit auch nicht künstlich geschaffen werden. Die Markierungen dienten lediglich der Prüfung möglicher weiterer Maßnahmen. Mit dem letzten Satz in der Drucksache seien einzig die normalen Pflegemaßnahmen gemeint.

Bürgermeister Brauer ergänzt, dass ihm der Vorgang zu den 23 Baumfällungen sowie der Markierung weiterer Bäume nicht bekannt sei. Er hätte sich gewünscht, dass die Verwaltung zunächst zwecks einer Klärung angesprochen worden wäre. Er macht deutlich, dass derartige Maßnahmen in die politische Entscheidung fielen. Kleve sei eine Stadt in der der Grünfaktor stetig wachse. Jede Fällung werde angezeigt und in Abstimmung mit der Politik geklärt. Mit Blick auf den nächsten Tagesordnungspunkt weist er darauf in, dass es auch gegensätzliche Anträge gebe. Es handele sich um einen komplexen Gesamtprozess, der aufgrund der unterschiedlichen Motivationen und Begehrlichkeiten nicht zu unterschätzen sei.

Oberverwaltungsrätin Keysers weist darauf hin, dass sich auch der Umwelt- und Verkehrsausschuss in seiner Sitzung am 11.09.2014 mit diesen Anträgen befassen werde.

Beschluss:
Der Ausschuss für Bürgeranträge beschließt einstimmig, gemäß den eingereichten Bürgeranträgen vom 02.07. und 01.08. von weiteren Fällaktionen im Bereich der Achse Aussichtsturm-Schwanenburg Abstand zu nehmen. Verträgliche und nachhaltige Baumpflegearbeiten sollen für eine ansatzweise Freihaltung des Blicks auf die Schwanenburg weiterhin unter fachlicher Begleitung durchgeführt werden.

6. **Antrag auf Fällung von vier Kirschbäumen in der Kruisbergstraße**
- Drucksache Nr. 53 /X. -

Herr Budczinski begründet seinen Antrag auf Fällung von vier Kirschbäumen in der Kruisbergstraße. Er stellt klar, dass sich der Antrag nur auf die Bäume in der Sackgasse und nicht in der gesamten Straße beziehe und er sowie die übrigen Bewohner ausdrücklich "pro Baum" seien. Er äußert, dass die Bäume, auf die sich der Antrag beziehe, vermutlich irrtümlich und zudem noch im falschen Abstand gepflanzt worden seien. Auch die USK seien nicht glücklich mit dieser Situation. Das Problem sei nun über die Jahre gewachsen, wobei es nicht nur um die durch den Fruchtteppich verursachten Verunreinigungen, sondern insbesondere auch um den Befall durch Wespen und Fliegen gehe. Diese Gefahrenstelle solle beseitigt werden. Die Bewohner hätten die Straße jahrelang intensiv selber gereinigt, aber würden der Situation aufgrund der Ausmaße nun nicht mehr Herr.

Ausschussvorsitzender Goertz teilt mit, dass er sich vor Ort selbst ein Bild gemacht habe. Er verliest den Beschlussvorschlag der Drucksache, die als Tischvorlage ausgehändigt worden ist.

Bürgermeister Brauer äußert, es sei Aufgabe der Verwaltung, nach einer Lösung zu suchen, die im Interesse von Herrn Budczinski und auch der Politik sei. Er räumt ein, dass in der Vergangenheit oft nicht die richtigen Bäume als Straßenbäume gewählt worden seien.

Beschluss:
Der Ausschuss für Bürgeranträge beschließt einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, ein Meinungsbild aller betroffenen Anlieger des Fußwegs zwischen Kruisbergstraße und Hermann-Gmeiner-Straße über die Fällung der Kirschbäume einzuholen. Nach der Abfrage des Meinungsbildes wird das Ergebnis im Umwelt- und Verkehrsausschuss vorgestellt, daraufhin kann über die Fällung entschieden werden.

7. **Mitteilungen**

./.

8. **Anfragen**

./.

Ende der Sitzung: 18.37 Uhr

(Goertz)
Vorsitzender

(Berns)
Schriftführerin